

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P/XXIV/1

Bonn, den 2. Januar 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

---

Seite  
-----

Zeilen  
-----

1 - 2a                      Brücken zwischen West und Ost                      112

Gemeinsame Interessenlage - Vertiefung der Wirtschaftsbeziehungen  
Von Günter Karschewski

3 - 4     Heinrich Schmidt - ein Nachwort zu seiner 50. Geburtstag     79

Von Dr. Alex Müller,  
Erster Stellvertreter des Vorsitzenden der SPD-Bundeskonferenz

5                      Quo vadis - EWG-Kommission?                      47

Wachsende Unzufriedenheit.  
Von Dr. Hans Apel, MdB,  
Mitglied des Europäischen Parlaments

6 - 7                      Finnische Streitlichter                      83

Zu viele Kirchen? - Wohnungen - Gewerkschaften - Studenten  
Von Friedrich Egg, Helsinki

\*

Brücken zwischen West und Ost

Gemeinsame Interessenlage - Vertiefung der Wirtschaftsbeziehungen

Von Günter Markscheffel

Vor einem Jahr schrieben wir an dieser Stelle, die Verbesserung des Ost-West-Verhältnisses in Europa sei in absehbarer Zeit nur denkbar, wenn man auf beiden Seiten endlich begreife, daß es trotz gegenseitiger Furcht, gegenseitigen Mißtrauens und unterschiedlicher Auffassungen von Freiheit, Recht und Menschenwürde doch Interessen gebe, die - wenn man nur wolle - miteinander in Einklang gebracht werden können. Die Reaktion auf diese Bemerkung war im Westen gering. Im Osten dagegen hat man diesen Artikel, von dem hier die Rede ist, übersetzt, seinen Inhalt analysiert und jenseits der großen spektakulären politischen Ereignisse entsprechend gehandelt...

So erstaunlich es klingen mag: Alle wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Ländern Ost- und Westeuropas wurden im vergangenen Jahre verbessert; einschließlich der Handelsbeziehungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands.

Bilaterale und multilaterale Wirtschaftsabkommen wurden volumen- und kapitalmäßig weiter ausgebaut.

Experten der verschiedensten Wirtschaftszweige, so zum Beispiel des Straßenbaus, der Binnenschifffahrt und der Eisenbahn, haben sich getroffen und neue Pläne zur Zusammenarbeit entwickelt, die bis in die Mitte der 80er Jahre hineinreichen. Und das trotz der dramatischen Ereignisse in der Tschechoslowakei!

Es gibt keinen von Kommunisten regierten Staat, einschließlich der Sowjetunion, der im vergangenen Jahre nicht zu erkennen gegeben hätte, daß er beabsichtige, seine wirtschaftlichen Beziehungen zu den Staaten West-, Süd- und Nordeuropas zu verbessern. Auch die Aktivität zwischen COMECON und EWG ist größer geworden. Alle Mitgliedsstaaten des COMECON haben die Wirtschaftsabteilungen ihrer Botschaften in Brüssel, dem Sitz der EWG-Kommission, verstärkt.

Die Handelsmissionen der Bundesrepublik in Prag, Warschau,

Budapest und Sofia meldeten zur Jahreswende übereinstimmend, das Interesse an der Erweiterung der Handelsbeziehungen zu Bonn sei nach der Invasion der CSSR nicht geringer, sondern eher größer geworden. Zwischen Rumänien, Jugoslawien und der Bundesrepublik sind neue Wirtschaftsabkommen in Vorbereitung, und in Rumänien hofft man, daß 1969 ein Vertrag zur intensiven technischen und technologischen Zusammenarbeit mit Bonn zustandekommen kann.

Worauf ist das alles zurückzuführen? Handelt es sich um ein - wie Pessimisten sagen würden - "raffiniertes Manöver der Kommunisten zur Unterminierung des westlichen Kapitalismus", zeigt sich hier eine neue Art von zweckbestimmtem Pragmatismus im kommunistischen Machtbereich oder hat man dort einfach erkannt, daß es trotz hoch gespielter Propagandaaktionen, trotz militärischer und auch ideologischer Kurzschlüsse bestimmte Interessen gibt, die über Demarkationslinien hinweg zu beachten sind?

Außer dem immer wieder betonten Sicherheitsbedürfnis besteht für alle von Kommunisten regierten Staaten ein elementares Interesse, den Lebensstandard ihrer Bevölkerung zu verbessern. Aber die Länder mit einer Agrarstruktur als Existenzgrundlage können dieses Ziel nur erreichen, wenn sie sehr schnell den Anschluß an die modernen Industrienationen finden. Das Erreichen dieses Zieles hängt jedoch nicht nur von der - historisch gesehen - im Eiltempo herangebildeten und hochbezahlten Gruppe der Industriemanager, Technologen und Wissenschaftler ab, sondern in erster Linie von der in die Breite gehenden Ausbildung qualifizierter Arbeiter und mittleren Verwaltungskader mit entsprechendem Lebensstandard.

Auch die kommunistischen Staaten befinden sich auf dem Wege zu einer Konsumgesellschaft. Deren Leistungsfähigkeit wird jedoch nur verbessert, wenn sie sich in einem ständigen Wettkampf mit anderen Wirtschaftssystemen messen kann. Ignoriert man angesichts solcher Ziele die in diesem Falle für Ost und West gleichlaufenden Interessen, dann gerät derjenige Staat, der die Leistungen seiner Gesellschaft nur mit Hilfe ideologischer Anforderungen steigern will, ins Hintertreffen. Er kann zwar vorübergehend sogar Höchstleistungen mit dem Hinweis auf angeblich "drohende militärische Aggressionen" erzielen, wenn aber die "Aggression" nicht stattfindet, geht die Leistungskurve wieder abwärts.

Aus diesem und keinem anderen Grunde empfehlen alle Wirtschaftsfunktionäre in kommunistischen Staaten ihren Politikern und Ideo-

logen, außer dem ständigen Gerede über die vermeintlichen Aggressoren, mit diesen auch praktische Politik, insbesondere Wirtschaftspolitik, zu machen.

Für den Westen und damit auch für die Bundesrepublik ergibt sich die Frage, ob man sich positiv oder negativ auf eine solche Entwicklung einstellen soll. Da wir keine Aggressoren sind, da wir weder Revanchegefühle hegen, noch im Militarismus den höchsten Zweck unseres Daseins erblicken - um in der Sprache Ostberlins, Warschaws oder Moskaus zu bleiben - können wir gar kein Interesse daran haben, etwa negativ auf die wirtschaftlichen Bemühungen kommunistischer Staaten zu reagieren. Wir würden, blieben wir im Negativen stecken, das Geschäft derjenigen besorgen, die uns seit jeher der finstersten Absichten bezichtigen.

Reagieren wir positiv - wie es die Bundesregierung im Falle des erweiterten Internzonenhandelsabkommen kürzlich getan hat - dann wird sich vordergründig politisch im Augenblick nicht viel ändern. Wir bleiben aber im Gespräch miteinander und bewegen uns dadurch auf der Ebene der Vernunft, die unseres Ermessens die einzige ist, auf der heute Politik gemacht werden kann.

In allen Staaten Europas vollzieht sich der Generationenwechsel der Führungskader immer schneller. Die Generation der Politiker und Wirtschaftler, die das Europa von heute nach dem Zweiten Weltkrieg prägte, steht in West und Ost unter immer stärkerem Druck jener, die schon in das Zeitalter der Computer hineingewachsen sind und denen viel mehr als ihren Vätern und Großvätern gegenwärtig ist, daß mit Gewalt keines der uns alle bedrängenden Probleme gelöst werden kann. Gewiß, auch unter diesen gibt es auch noch Spätzügler; ihre Bedeutung wird jedoch immer geringer.

Es ist bei uns Mode geworden, von einer "gescheiterten Ostpolitik der Bundesregierung" zu sprechen. Wer geglaubt hat, daß die bewußte Umschaltung unserer Außenpolitik vom Schwarz-Weiß-Denken zu einer pragmatischen Friedenspolitik bei gleichbleibenden Bemühungen um Erhaltung unserer eigenen Sicherheit zu spektakulären Ergebnissen führen würde, kann getrost von "Scheitern" sprechen; vom Scheitern seiner eigenen Illusionen.

Wer jedoch die Tatsache nüchtern beurteilt, wer ständig bemüht bleibt, gemeinsame Interessen von West und Ost auszuloten und gemäß einer gemeinsamen Interessenlage zu handeln, muß zugaben, daß wir - etwa im Verhältnis zu den Jahren bis 1966 - manches abbauen konnten, was die Verbesserung der Beziehungen bis dahin verhindert hat.

Frühere Bundesregierungen würden das sicher einen "großen Erfolg" genannt haben...

Helmut Schmidt - ein Nachwort zu seinem 50. Geburtstag

Von Dr. Alex Möller,

Erster Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Am 23. Dezember haben wir in Hamburg unserem Vorsitzenden die herzlichsten Glückwünsche der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion überbracht. Wir wünschten Helmut Schmidt ein neues glückliches Lebensjahrzehnt.

Am 8. Februar 1966 fand im Zweiten Deutschen Fernsehen ein Gespräch statt zwischen Günter Gaus und Helmut Schmidt "Zur Person". Die Eingangsfrage von Gaus lautete: "Wie groß ist Ihre ganze persönliche Bitterkeit, die Sie darüber empfinden, daß Sie aus der handfesten Arbeit des Regierens, wenn auch nur auf Länderebene, in die relative Ohnmacht der parlamentarischen Opposition zurückkehren mußten?"

In der Antwort wurde noch vom harten Brot der Opposition gesprochen. Die klare eindeutige Aussage zu dieser Frage finden wir überzeugend in seiner Schrift "Warum bin ich Sozialdemokrat?". "Es war nie die politisch sittliche Grundhaltung allein, die meinen eigenen Lebensweg mit dem der Sozialdemokratie verkoppelt hat; es war zugleich auch immer die Möglichkeit, Nützlichendes für das Ganze tun zu können. Leidenschaft und Ehrgeiz, für das öffentliche Wohl zu arbeiten, haben mich in den Bundestag, in die Landesregierung meiner Vaterstadt Hamburg und wieder zurück in den Bundestag geführt."

Es gab zwei Kampfabchnitte in dieser Zeit von der Opposition zur Regierungsverantwortung. Es zeigt sich sofort nach den Septemberwahlen 1965, wie gut es gewesen war, daß wir mit erkennbarer Verstärkung im Fünften Deutschen Bundestag vertreten sind. Aus der Oppositionsposition heraus haben wir echte Alternativen entwickelt, die in die Regierungserklärung der Großen Koalition eingegangen sind.

Nach Bildung der neuen Bundesregierung und dem Tode unseres Fraktionsvorsitzenden Helmut Schmidt im Frühjahr 1967 erklärten wir Helmut Schmidt zum Fraktionsvorsitzenden. Hier zeigte sich der große Vorteil der Vielseitig-

keit seiner Arbeitsgebiete: Verkehrspolitik, Verteidigungspolitik, Außenpolitik, die Beherrschung der verschiedensten innenpolitischen Probleme bis zu seinem agrarpolitischen Debattenbeitrag.

Als politisch-parlamentarischer Gegner hat Helmut Schmidt immer die Lücken in der jeweiligen Regierungsarbeit erspäht, sie rückhaltlos aufgezeigt, dabei hart, fair und überzeugend kämpfend.

Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion hat in der Koalition keine Einbuße an politischem Sehvermögen erlitten; er denkt nicht "Alles Gute kommt von oben (der Regierungsbank)" und bemüht sich immer wieder, die Koalitionsarbeit vorwärtszutreiben, sie zu befruchten, ihr möglichst viel sozialdemokratisches Gedankengut mitzugeben. In Koalitionsgesprächen ist unser Fraktionsvorsitzender umso erfolgreich, je später der Abend. Nächtliche Stunden gibt ihm den Erfolg in den Mund.

Was zeichnet aber nun Helmut Schmidt als Fraktionsvorsitzenden aus? Als das Wichtigste bei meinen Vorstellungen von Führungsqualitäten meine ich dies:

Er verlangt von niemandem mehr, als er selbst zu tun bereit ist, und geht dabei - leider nur zu oft - bis an die äußerste Grenze der physischen Belastungsmöglichkeit. Helmut Schmidt hat die Fähigkeit eigener Urteilsbildung in einer beachtlichen Multiplikation der verschiedensten Sachgebiete und verbindet damit den Mut zur persönlichen Verantwortung. Und immer wieder fällt mir seine antreibende Unruhe auf, denn er Erreichbares noch vor sich sieht.

Im breiten Bogen von Wissen und Können, gegensätzlicher Meinungsbildung und notwendigem Formungsprozeß stehend, schaffte Helmut Schmidt in der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion konstante Leistungsergebnisse, die nicht zuletzt von der Kunst politischer Führungskompetenz beeinflußt werden.

In "Zur Person" spricht Helmut Schmidt von einem der früheren amerikanischen Präsidenten, Thomas Jefferson, dessen umfassende Bildung und dessen feststehende moralische Grundsätze er als Vorbild für einen Politiker rühmt. Er bekennt sich dann zu der von Papst Johannes XXIII. herausgestellten sittlichen Notwendigkeit der Toleranz und zu Kennedy, von dem er dessen Mut zu Idealen hervorhebt.

Hier und auf seinem Weg zum sozialen Rechtsstaat, in den für ihn der mitdenkende Staatsbürger und der mitbestimmende Wirtschaftsbürger gehören, sehen wir sein politisches Lebensbild. Was viele aber nicht sehen, ist das sich unter der rauhen Schale des Hanseaten verborgende stets mitfühlende Herz. Wir von der Fraktion haben ihm auch hierfür zu danken: für seine echte kameradschaftliche Verbundenheit. Wer sein Freund werden konnte, erlebt immer wieder den in der echten Freundschaft ruhenden Pol der Gegenseitigkeit.

Helmut Schmidt wollte beruflich Architekt und Städtebauer werden.

Wir können ihn nach seinem 50. Geburtstag als einen der Architekten und Baumeister unseres demokratischen Staates bezeichnen, eines Staates, der allerdings nie vollendet werden kann, sondern der durch die sich immer wandelnde Zeit neue Veränderungen erfährt. In diesem Wandlungsprozeß noch lauge bei Gesundheit und bewährter Tatkraft führend mitzuwirken, wünschen wir Helmut Schmidt, aber auch uns, der Partei und ihrer Bundestagsfraktion.

Quo vadis - EWG-Kommission?

---

Wachsende Unzufriedenheit

Von Dr. Hans Apel, MdB,  
Mitglied des Europäischen Parlaments

Das Ansehen der Europäischen Kommission droht zu sinken. Sie wird immer weniger als der unabhängige europäische Aeropag verstanden, als Steuermann und Mannschaft, die das europäische Schiff durch Wind und Wetter steuert.

Dabei ist das Bild, das die Kommission bietet, keineswegs einheitlich. Zwar wird immer mehr deutlich, daß die Kommission vor allem Erfüllungsgelhilfe des politischen Willens des Ministerrates ist. Die politische Zerrissenheit des europäischen Willens der sechs Mitgliederregierungen muß schreckliche Konsequenzen für die Arbeitsfähigkeit der Kommission haben. Auf der anderen Seite gebiert die Kommission aber von Zeit zu Zeit Tagträume, für die Betroffenen sind es eher Alpträume, die nicht einmal eine fest etablierte politische Macht - eine wohlfundierte Regierung oder ein mutiges Parlament - vorgelegt hätte.

Die agrarpolitischen Vorschläge des Jahresendes 1968 sind dafür typisch. Es gibt für sie keinerlei Chance ihrer integralen Verwirklichung. Fehlt also der Kommission das Augenmaß der aktuellen europäischen Möglichkeiten und handelt sie damit unpolitisch im Sinne der Bismarck'schen Definition von Politik als der Kunst des Möglichen? Oder will sie, wider nach Bismarck'schen Vorbild, sich als ehrlicher Makler in der europäischen Politik etablieren? Oder will sie die EWG-Bürokratie und die der Mitgliedsländer nur deswegen "kreissen" lassen, damit der Ministerrat wenigstens eine "Maus" gebiert? Echte politische Gestaltungskraft fehlt in jeder dieser denkbaren Verhaltensweisen.

Wachsende Unzufriedenheit mit der Kommission ist auch unter den europäischen Parlamentariern feststellbar. Hat es in den ersten Jahren der Arbeit der Aufrichtung des Gemeinsamen Marktes eine deutliche Allianz zwischen den Exekutiven und dem Parlament gegeben, einen echten Dialog um die großen Fragen der europäischen Einigung, so wächst jetzt das Gefühl bei den Parlamentariern, eher lästiges Anhängsel des Integrationsprozesses zu sein. Das europäische Parlament soll seine Stellungnahmen so schnell wie möglich abschließen, damit dann der Kuhhandel in den Brüsseler Amtsstuben beginnen kann.

Die Kommission weiß um die institutionell schwache Stellung des Europäischen Parlaments. So leistet sie sich ihm gegenüber immer wieder machiavellistisches Verhalten. Typisch dafür ist die Art und Weise, wie sie auf schriftliche Anfragen der Abgeordneten reagiert. Dieses Instrument ist eine der wenigen Waffen der Parlamentarier, ihre ihr zugestandenen Kontrollrechte auszuüben. Hier wird meistens von der Kommission nach dem Grundsatz verfahren, vieles erledigt sich durch liegenlassen. Notfalls kann man dann immer noch nichtssagend Stellung nehmen.

Damit kein Mißverständnis entsteht! Die zentrale Verantwortung für Europas Schwierigkeiten tragen die Mitgliedsländer und ihre Vertreter. Der Kommission kann aber ihre "Hände nicht in Unschuld waschen". Ihre widersprüchliche Haltung hat mit zur europäischen Malaise beigetragen. Rückbesinnung auf die eigene Kraft, auf ihre unabhängige Stellung und auf ihre Verbündeten innerhalb und außerhalb der Gemeinschaften ist dringend notwendig.

### Finnische Streiflichter

-----

Zu viele Kirchen? - Wohnungen - Gewerkschaft - Studenten

Von Friedrich Ege, Helsinki

In Finnland mit seinen 66 000 Arbeitslosen, deren Zahl noch tüchtig zunimmt, ist wieder eine Kirche im Bau (in Helsinki), obwohl die vorhandenen Kirchen nicht gerade gut besucht werden. Schon von der ersten Planung an hat sich ein großer Teil der Öffentlichkeit darüber empört. Und nun hat ein junger Studentenpfarrer - Seppo Kjellberg - auf den Zementsockel der Kirche mit Farbe etliche Male das Wort BIAFRA gemalt. Der junge Pfarrer steht nun mit sechs jugendlichen Mithelfern vor Gericht. Seine Verteidigung: Es ist unnötig, daß diese Kirche gebaut wird, wenn es Menschen gibt, die hungern - außerhalb und innerhalb unserer Grenzen. Auch könnte das Baugeld dazu angewendet werden, um die Arbeitslosigkeit zu lindern. Viele Finnen sind seiner Meinung.

Zu den größten sozialen Problemen Finnlands gehört der Wohnungsmangel. Eine Wohnung mit Zimmer und Küche sowie eine Zwei-Zimmerwohnung ist für die Mehrheit der Familien das Übliche. Aber sehr viele Familien haben überhaupt keine eigene Wohnung. Die Mieten sind sehr teuer. Ein leeres Zimmer kostet in Helsinki 150,- bis 300,- Mark im Monat. Um die Wohnungsproduktion intensiver in Gang zu bringen, wurde nun im Stadtparlament von Helsinki der Vorschlag eingebracht, die stadt eigene Landwirtschaft (sie hat nicht weniger als 1320 Hektar Ackerland) einzustellen und den Boden für den Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen.

Die Zersplitterung der finnischen Gewerkschaftsbewegung soll endlich beseitigt werden. 1969 wird eine neue Gewerkschaftszentrale mit 18 - 20 Verbänden gegründet hinter der etwa 450 000 Mitglieder stehen werden. Das Organ der SAK (Zentralverband der finnischen Gewerkschaften), "Der Lohnarbeiter", schreibt dazu: "Der Versöhnungsprozeß innerhalb der Gewerkschaftsbewegung ist langwierig und schwierig. Mit dieser Erfahrung in den Gedanken hat man Grund zu hoffen, daß der Vorschlag, der ausgearbeitet wird, guten Wind bekommt."

In den letzten Tagen des November ging die finnische Studentenopposition innerhalb der Studentenschaft an der Universität Helsinki am Tage ihrer Jahrhundertfeier wegen der Passivität der Studentenschaft mit der Parole "Die Revolution hat an der Universität begonnen" zur Aktion über und besetzte das traditionsreiche Alte Studentenhaus, in dem die Festfeier stattfinden sollte. 400 Polizisten sorgten dafür, daß die Feier an anderer Stelle, im Saal des Konservatoriums durchgeführt werden konnte. Der Staatspräsident betonte hierbei, daß das Bedürfnis und die Wünsche der Jugend nicht genügend beachtet worden seien. Ausdrücklich erklärte er, daß die Besetzung des Alten Studentenhauses

keine einzige Änderung in seiner vorher fertiggeschriebenen Rede veranlaßt habe, die er mit den Worten schloß: "Eine vorurteilsfreudende Jugend ist die ideologische Bombe der Zukunft. Darin liegt die Hoffnung der Welt!" Zwar hat der Rektor der Universität umgehend bekannt gegeben, daß die Studenten in Zukunft an der Universitätsverwaltung mitwirken sollen: im kleinen Konsistorium, in den Fakultätsabteilungen und in den Kolloquien für Kanzler- und Rektorenwahl. Aber bei der Diskussion der Studenten mit Professoren während der heißen Tage im großen Auditorium mit dem Rektor als einleitendem Redner erklärte ein Student: "Wenn Sie, Professoren, glauben, daß wir hierhergekommen sind, um mit Ihnen zu plaudern und Ihren neuen Reformen Beifall zu klatschen, täuschen Sie sich. Wir wollen eine wirkliche und durchgreifende Reform." Und ein anderer Student: "Die Forscher sollten zu Menschen erzogen werden, die in der Tat Fragen der Gesellschaft beantworten. Die Studenten sollten selbst mit dabei sein, die Studienbücher auszuwählen. Wir wollen nicht mit sogenannter objektiver Forschung, die es doch nicht gibt, vollgepfropft werden. Wir fordern viele und widersprechende Interpretationen."

Die Studenten fordern die Demokratisierung und völlige Umgestaltung und Modernisierung des Hochschulbetriebs, u. a. daß je ein Drittel des großen Konsistoriums aus Studenten, Professoren sowie anderen Universitätslehrern bestehe. Die Staatswissenschaftliche Fakultät der Universität Helsinki hat nun vorgeschlagen, daß in der Fakultät vier bis sechs Abteilungen eingerichtet werden mit gleich viel Repräsentanten für Professoren, jüngere Fakultätslehrer und Studenten, wobei diese Abteilungen Beschlußrecht haben werden.

Um den Studenten in ihrer schwierigen wirtschaftlichen Situation zu helfen, hat ein Staatskomitee vorgeschlagen, daß der Staat für 70 Prozent der Ausgaben der Studenten aufkommen soll: teils durch Anleihen, wofür der Staat die Bürgschaft übernimmt und vier Prozent der Zinsen an die Bank bezahlt, so daß der Student drei Prozent zu bezahlen hätte (es ist an eine jährliche Anleihe in Höhe von 3.500 Mark für höchstens fünf Jahre gedacht), teils durch Stipendien (es sollen 3500 mehr Stipendien gegeben werden).

Auch wenn die Studentenrevolution von den sozialistischen Studenten in Gang gesetzt wurde, so steht natürlich ein großer Teil der nichtsozialistischen Studentenschaft hinter den Forderungen, deren Durchführung a l l e n Studenten zugutekommt. Das vorläufige Ziel, eine starke Zustimmung für die Umgestaltung des Universitätsbetriebs zu schaffen und die Notwendigkeit der Aktivierung der Studentenschaft herbeizuführen, ist erreicht.